

# Neusprech im Überwachungsstaat

Martin Haase

Die Anschläge vom 11. September 2001 machten den Bereich der „Inneren Sicherheit“ wieder zu einem wichtigen Thema der Politik. Die meisten gesetzlichen Neuregelungen schränken die bürgerlichen Freiheiten ein und sind daher sehr umstritten: man denke an die Gesetzesänderungen, die unter der Bezeichnung „Großer Lauschangriff“ bekannt wurden, an die Einführung biometrischer Ausweise, die kontaktlos ausgelesen werden können (der so genannte E-Pass oder der elektronische Personalausweis), die Vorratsdatenspeicherung, die heimliche Online-Durchsuchung und -Überwachung oder die Ausweitung der Videoüberwachung. Gerade in jüngerer Zeit erregte das neue, stark umstrittene BKA-Gesetz für Aufregung: Die Aufhebung einer klaren Grenze zwischen geheimdienstlichen und polizeilichen Ermittlungen, die Möglichkeit, ohne richterliche Genehmigung geheim zu ermitteln, die fehlende parlamentarische Kontrolle der geheimdienstähnlichen Aktivitäten des BKA und die Schwächung der Bundesanwaltschaft können als Bedrohung grundsätzlicher Rechte angesehen werden, weshalb damit zu rechnen ist, dass das Gesetz in der derzeitigen Form vor dem Bundesverfassungsgerichts scheitern wird. Auch Maßnahmen, die gar nicht in den Bereich der Sicherheitspolitik gehören, erweisen sich als problematisch zumindest aus datenschutzrechtlicher Perspektive: die Gesundheitskarte durch die damit verbundene Zentralisierung von Versichertendaten, die Steueridentifikationsnummer, die ebenfalls mit einer zentralen Datenerfassung verbunden ist, oder auch die Registrierung von Nummernschildern durch Polizeikameras und Mautbrücken.

Solche Maßnahmen sind der Bevölkerung schwer zu vermitteln, daher müssen Politiker, die sich für sie einsetzen, zu außergewöhnlichen sprachlichen und rhetorischen Mitteln greifen, um die negativen Auswirkungen solcher Gesetze zu verschleiern oder klein zu reden und ihnen positive Seiten abzugewinnen.

## 1 Neusprech 1.0

In George Orwells berühmten dystopischen Roman *1984* [8], der vor sechzig Jahren geschrieben wurde, stellt der Autor einen Überwachungsstaat vor, der sich einer besonderen Sprache bedient, die abweichendes Verhalten undenkbar macht, weil mehrdeutige Wörter ausgemerzt wurden und das Vokabular so organisiert ist, dass staatliche Maßnahmen möglichst positiv und alternativlos erscheinen. Die neue Sprache heißt *Newspeak* oder in deutscher Übersetzung *Neusprech*. Dass es Orwell um zeitgenössische Sprachkri-

tik geht (besonders mit Bezug auf die Politik), zeigt sein Aufsatz *Politics and the English Language* [10].

Das Vokabular der neuen Sprache umfasst drei Bereiche, wie sie Orwell in einem Anhang zu seinem Buch beschreibt:

A Dieser Bereich umfasst einen vereinfachten Alltagswortschatz. Unregelmäßige Formen sind ausgemerzt: *think* bedeutet ‚denken‘ und ‚Gedanke‘ (das unregelmäßige Nomen *thought* ist verschwunden). Ein Wortbildungssystem, das an Esperanto erinnert, ermöglicht es, aus wenigen Grundwörtern weitere abzuleiten: so kann mit dem Suffix *-ful* ein Adjektiv aus einem Nomen abgeleitet werden: *thinkful* bedeutet somit ‚gedanklich‘, ‚gutes Denken‘ (im Sinne der Staatsdoktrin) ist *goodthink*, das Gegenteil *ungoodthink*, das sich mit *plus* und *doubleplus* verstärken lässt; eine Person oder Sache, die durch ganz böse Gedanken auffällt, kann also als *doubleplusungoodthinkful* qualifiziert werden. Orwell orientiert sich hier an der Plansprache *Basic English*, der er kritisch gegenübersteht; allerdings fließt auch seine Kenntnis des Esperanto-Wortbildungssystems hier ein, denn während eines Parisaufenthaltes lebte Orwell in einem esperantosprachigen Haushalt [4].

B Dieser Bereich des Wortschatzes umfasst politisches Vokabular. Zur Verschleierung der Inhalte politischer Doktrinen oder Maßnahmen werden die Wörter aus gekürzten Wortstämmen zusammengesetzt und orthografisch angepasst. Beispiele sind: *ingsoc* (die Staatsdoktrin, die etymologisch auf *English socialism* zurückzuführen ist), *artsem* (für *artificial insemination*, die staatlich verordnete Form der Fortpflanzung), *crimethink* (‚Gedankenverbrechen‘) und *minitru*e (für *Ministry of Truth*, das ‚Wahrheitsministerium‘ organisiert die Staatspropaganda und schützt die Bevölkerung vor *crimethink*).

C Zusätzlich zu den genannten Bereichen des Wortschatzes ist es erlaubt, wissenschaftliche Terminologie zu verwenden; es sind natürlich nur Wissenschaften erlaubt, die nicht im Widerspruch zur Staatsdoktrin stehen, weshalb *ingsoc* auch die Bedeutung ‚Wissenschaft‘ hat.

Im Zusammenhang mit der Sprache der inneren Sicherheit ist der B-Wortschatz von besonderem Interesse. Es ist nicht auszuschließen, dass sich Orwell hier von Viktor Klemperer hat inspirieren lassen: Sein *Notizbuch eines Philologen* über die Sprache des Nationalsozialismus‘ erschien 1947 [6]. Klemperer beschreibt, wie im Nationalsozialismus neue Wörter geprägt wurden, die sich zum Teil bis heute erhalten haben wie *Staatsakt* oder *Dachorganisation*; zudem benennt er typische Verfahren der nationalsozialistischen Wortbildung, in der die Wortbildungselemente *Groß-* und *Volks-* reihenbildend werden. Der Sprachkritiker entlarvt Floskeln wie: *in stolzer Trauer*, die in Todesanzeigen (insbesondere von gefallenen Soldaten) häufig war, nach Ende des Nationalsozialismus‘ aber wieder verschwand. Zudem zeigt er, wie im Nationalsozialismus oft verwendete Wörter bedeutungsentleert werden und sich in ihrer Wirkung abschwächen; so zum Beispiel: *fanatisch*, *historisch* und *ewig*.

Als Begründer moderner PR-Techniken kann Edward Bernays angesehen werden. Sein 1928 erschienenes Buch *Propaganda* [1], zielt nicht nur auf politische Propaganda ab,

sondern betrifft vor allem den Bereich der *public relations* in Wirtschaftsunternehmen. Natürlich wurden Bernays' Vorschläge auch von den Nationalsozialisten befolgt, finden sich in Orwells *Newspeak* wieder und haben bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. Dass sich die Sprache der Politik und der Massenmedien an Bernays' Vorschlägen orientiert, zeigte Noam Chomsky bereits in einem Vortrag von 1984 [2], aus dem später ein Buch und sogar ein Film entstanden, beide unter dem Titel *Manufacturing Consent* [3].

## 2 Neusprech 2.0

Auch die Neuauflage politischer PR-Sprache in Bernays's Sinn, die wir heute erleben, kann als Neusprech bezeichnet werden. Wieder geht es darum, negativ-besetzte Wörter durch eine positive oder wenigstens undeutliche Entsprechung zu ersetzen. Der nächste Abschnitt enthält ein paar Beispiele.

### 2.1 Neue Wörter und Bedeutungen

Die neue allgemeine Krankenversicherungskarte, die der Bevölkerung und ihren Entscheidern trotz aller Datenschutzproblematik schmackhaft gemacht werden soll, heißt im besten PR-Jargon *Gesundheitskarte*. Das Verfahren, einen Sachverhalt (hier: *Krankheit*) durch sein Gegenteil zu beschreiben (hier: *Gesundheit*) wird in der Rhetorik als *Antiphrase* bezeichnet. Es geht in diesem besonderen Fall vor allem darum, etwas Negatives und möglicherweise Tabuisiertes durch etwas Positives zu bezeichnen. Man kann daher auch von *Euphemismus* sprechen.

Gerade der Bereich der Sicherheitspolitik enthält eine Reihe von interessanten Euphemismen: Das Prinzip, Verdächtige zu erschießen, das man in anderen Zusammenhängen als *Schießbefehl* bezeichnet hätte, wird *gezieltes Töten* genannt oder pseudo-englisch *Targeted Killing* [12]; gelegentlich wird auch von *finaletem Rettungsschuss* gesprochen. Innenminister Schäuble fordert: „Gefährder zu behandeln wie Kombattanten und zu internieren“ [13]; *internieren* ist ein Euphemismus für ‚wegsperrn‘, ‚behandeln‘ ist aufgrund der Bedeutungsvielfalt des Wortes (*Polysemie*) ein Euphemismus, da unklar bleibt, was mit den so genannten *Gefährdern* geschieht. Während *Kombattant* ein juristisch definierter Terminus ist, der sich auf Teilnehmer an Kriegshandlungen bezieht, ist völlig unklar, was mit *Gefährder* gemeint ist. Es handelt sich um einen juristisch (bisher) undefinierten Begriff, der so etwas wie einen (möglicherweise) Verdächtigen oder zukünftigen Störer bezeichnet; in einem Rechtsstaat ist jemand, der noch kein Verbrechen begangen hat, jedoch immer unschuldig und kann nicht einfach weggesperrt werden. Die Gleichsetzung eines *möglichen* Störers der inneren Sicherheit mit einem Teilnehmer an Kriegshandlungen verwischt zudem den Aufgabenbereich der Polizei mit dem des Militärs.

Es handelt sich ebenfalls um einen Euphemismus, wenn Wahlcomputer als *Wahlmaschinen* bezeichnet werden, denn bei Maschinen denkt man weniger an Manipulation als bei Computern. Der niederländische Wahlcomputerhersteller Sdu ging sogar soweit, sein computerbasiertes Wahlsystem *NewVote* [14] zu nennen, um positive Assoziationen zu wecken, wohl ohne daran zu denken, dass diese Bezeichnung sehr an Orwells *Newspeak* erinnert.

Auch der Terminus *Vorratsdatenspeicherung* ist ein Euphemismus, denn *Vorrat* ist ein positiv besetztes Wort und *Datenspeicherung* ist eine relativ neutrale Umschreibung; der englische Terminus ist hingegen negativ konnotiert: *data retention* erinnert an Gefängnis oder zumindest an die Einschränkung von Freiheit. Treffender wäre es, von *Datenhortung* zu sprechen. Auch *Online-Durchsuchung* ist eine Bezeichnung, die offenbar positiv wirken soll: ähnlich wie das *E-* in *E-Pass* vermittelt *online* ein Gefühl von Modernität; *Durchsuchung* täuscht vor, dass es sich um eine Maßnahme handelt, die mit einer Hausdurchsuchung vergleichbar ist. Es handelt aber vielmehr um eine *Überwachungsmaßnahme*, die vielleicht treffender als *Computerverwanzung* bezeichnet wird – dann natürlich mit einem Wort, das negative Assoziationen erweckt. Üblich ist auch die Bezeichnung *Bundestrojaner*, da das auf den Computer eingeschleuste Spähprogramm als *Trojanisches Pferd* oder *Trojaner* bezeichnet wird.

Mithilfe von Metaphern gelingt es, bestimmte vermeintlich positive Aspekte hervorzuheben und negative zu verschleiern: Wenn zum Beispiel gefordert wird, der „genetische Fingerabdruck“ solle als biometrisches Merkmal eingesetzt werden, so werden Merkmale des persönlichen Erbinformation mit dem in der Kriminalistik erprobten Fingerabdruck gleichgesetzt, obwohl die eigene DNA sehr viel persönlichere Informationen enthält als ein Fingerabdruck und die Eindeutigkeit der untersuchten DNA-Merkmale noch nicht zweifelsfrei erwiesen ist. Dass natürlich auch der klassische Fingerabdruck als Mittel einer eindeutigen Identifikation problematisch ist, muss hier nicht vertieft werden.

## 2.2 Grammatische Aspekte

Allerdings betrifft Neusprech nicht nur den Wortschatz, sondern auch die Grammatik der Politikersprache zeigt Auffälligkeiten: Besonders interessant ist das Pronomen der ersten Person Plural *wir*. Dass dieses Pronomen politisch verwendet werden kann, zeigt schon Jewgenij Samjatins Roman *Мы (wir)* von 1920 [18], den George Orwell 1946 [9] rezensiert und wohl auch als Inspiration für *1984* genutzt hat. In Samjatins Gesellschaft spielt ein allgemein propagiertes Wir-Gefühl eine besondere Rolle.

In vielen Sprachen können verschiedene Bedeutungen bzw. Verwendungsweisen des Pronomens der ersten Person Plural beobachtet werden:

- (1) exklusives *wir*: Das Pronomen bezeichnet lediglich den Sprecher und mit ihm verbundene weitere Personen, schließt jedoch den angesprochenen nicht mit ein. Im Französischen kann der Ausschluss des Angesprochenen durch Hinzufügung von *autres* unterstrichen werden: *nous autres* ‚wir (anderen)‘ (so auch im Italienischen: *noi altri*, im Spanischen ist *otros* jedoch fester Bestandteil des Pronomens geworden und kann auch nicht-exklusiv verwendet werden). Im Tok Pisin, der Staatssprache Papua Neuguineas (eine ehemalige Pidginsprache), gibt es ein spezielles exklusives Pronomen, nämlich *mipela*.
- (2) inklusives *wir*: Das Pronomen schließt den Angesprochenen mit ein (im Französischen: *nous* oder umgangssprachlich *on*); das Tok Pisin hat hierfür ein spezielles Pronomen, nämlich *yumi*.

- (3) extensives *wir*: Bei dieser Verwendungsweise von *wir* sind Personen gemeint, die in mehr oder weniger mittelbarer Beziehung zum Sprecher stehen, wobei der Sprecher aber gar nicht dazu gehört: so sagen Fußballfans: *Gegen Stuttgart haben wir schon zu oft verloren*. Verloren hat allerdings nicht der Sprecher, sondern eine Mannschaft, mit der er sich identifiziert. Ein extremes Beispiel ist die bekannte Zeitungsüberschrift nach der letzten Papstwahl: *Wir sind Papst*.

Hinzu kommt noch das *wir* des Majestäts- und Bescheidenheitsplurals (*pluralis maiestatis/modestiae*), das aber für die weiteren Erörterungen nicht relevant ist.

Die extensive Verwendung von *wir* ist geradezu typisch für die Sprache von Politikern. Das folgende Beispiel aus einer Rede von Angela Merkel auf einer Wahlkampfveranstaltung der CDU in Osnabrück [16] zeigt, wie das *wir* in unterschiedlicher Funktion eingesetzt wird:

„Die CDU wird sich nicht davon abbringen lassen. Sie werden sich erinnern – die Älteren unter Ihnen –, wie viele Schlachten *wir* [CDU] schon geschlagen haben: die Videoüberwachung – gestritten mit den Sozialdemokraten. Heute hätten *wir* [extensiv] weder die libanesischen Kofferbomber gefunden, noch hätten *wir* [extensiv] die Schlägereien des alten Mannes in der U-Bahn in München so schnell aufklären können, und heute findet jeder Videoüberwachung auf großen Plätzen, öffentlichen Plätzen, ganz normal. Wenn es die Union nicht gewesen wäre, die dafür gekämpft hätte, dass das notwendig ist, hätten *wir* [Deutschen] heute noch keine Videoüberwachung, und deshalb werden *wir* [CDU] auch andere Themen auf die Tagesordnung bringen, wie bestimmte Veränderungen im Jugendstrafrecht, genauso wie die Online-Durchsuchung, und vieles andere mehr. *Wir* [CDU/Regierung] werden nicht zulassen, dass technisch manches möglich ist, aber der Staat es nicht nutzt – dafür aber die Verbrecher und Täter und Terroristen es nutzen. Das ist nicht *unser Staat* [Deutschland]. Der Staat muss [wehrhaft sein].“

Wir können davon ausgehen, dass Angela Merkel weder die Kofferbomber persönlich gestellt hat, noch an der Aufklärung der „Schlägereien des alten Mannes“ direkt beteiligt war. Das extensive *wir* soll die eigentlichen Ermittler lediglich mit der Politik der Kanzlerin in Verbindung bringen.

### 2.3 Rhetorik

Über Wortschatz und Grammatik hinaus gibt es eine Reihe von rhetorischen Besonderheiten der Politikersprache: stereotype Metaphern und Floskeln spielen eine besondere Rolle. Seit einigen Jahren spielen Fußballmetaphern eine besondere Rolle. So ist die Partei Silvio Berlusconi nach dem italienischen Fußball-Schlachtruf *Forza Italia!* (‚Kraft [d. h.: los!] Italien‘) benannt. Oft ist von einem politischen *Eigentor* die Rede, die Legislaturperiode wird in *Halbzeiten* eingeteilt, und auf Franz Müntefering glaubt: „Der Parteivorsitzende ist der Spielführer.“ [7].

In einem Interview mit Deutschlandradio über das „Internet als Tatmittel der Zukunft“ [17] bemüht Jörg Ziercke, der Präsident des Bundeskriminalamts, zahlreiche Floskeln,

die schon an seiner Intonation (*Allegrosprechweise*) als solche erkennbar sind: so ist Terrorismus immer „international“, Kriminelle sind „skrupellos“, die Kriminalität „schwer“, „schwerst“, „sozialschädlich“ oder wenigstens „organisiert“; „Netzwerke“ (Neologismus für *Netze*) werden „zerschlagen“ und Ziercke will „Beweise verdichten“ (transitiv!) und „im Internet . . . Durchsuchung durchführen“, wobei es doch schon reichen würde, im Internet zu suchen. Der BKA-Präsident will „mit dem technischen Fortschritt Schritt halten“ und wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass „99,9 % der Menschen in Deutschland“ von der Online-Überwachung gar nicht betroffen seien, was jedoch bedeutet, dass 80 000 Menschen, also eine mittelgroße Stadt, betroffen sein werden. Norbert Geis, der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, hatte zuvor von „99 %“ gesprochen, was 800 000 Menschen ins Visier der Fahnder rücken ließe. Hier kann von einer missglückten Floskel gesprochen werden.

Als Neusprech kann wohl auch angesehen werden, dass Ziercke mit Bezug auf den Terrorismus von „Szene“ und das neue Wort „*Anfasser* für Ermittlungen“ prägt. Hierbei handelt es sich offensichtlich um ein neues Wort, das einen Anfangsverdacht bezeichnet, der eine Ermittlung erst erlaubt.

Ein beliebtes rhetorisches Mittel, schwierigen Fragen auszuweichen, ist das Ablenkungsmanöver. Statt eine Frage zu beantworten, wird eine Anekdote erzählt. Auf die Frage: „Wie können Sie garantieren, dass die Online-Durchsuchung tatsächlich nur in Einzelfällen eingesetzt wird?“ antwortet der Innenminister auf einer Pressekonferenz wie folgt [15]:

„. . . genehmigen von den G-10-Kommissionen, dann muss im Einzelfall begründet werden. Es gibt mehr Maßnahmen, das ist schon wahr [unverständlich], das will ich nicht sagen. Da haben wir doch, neulich hat die Polizei, Bundesanwaltschaft drei so, die terroristische Anschläge von erheblicher Qualität geplant haben, 600 Kilogramm Sprengstoff ist ja nun keine Kleinigkeit, und die benutzen, die haben ungefähr ein Dutzend Handys benutzt, nicht, so mit Prepaid-Karten und ein Mal telefonieren kurz, gleich wieder wegschmeißen, nächste. Und dann muss natürlich die Polizei, wenn sie überwachen will, oder der Richter, genehmigt der zwölf Handys, plötzlich tat sich's verzweifeln. Und deswegen bleibt, der Norbert Geis, dass 99, die Aussage, dass 99 % nicht betroffen sind, wenn er gesagt hätte 99,9 % werden niemals davon betroffen sein, hätte er auch Recht gehabt. Das ist so.“

Es wird eine Anekdote erzählt, die mit der gestellten Fragen in keinem Zusammenhang steht, denn hier geht es gar nicht um die Online-Durchsuchung, sondern um Telefonüberwachung; zudem zeigt die Anekdote gerade nicht, dass oder wie sichergestellt werden kann, dass die Telefonüberwachung (wie wohl dann auch die Online-Durchsuchung?) nur in Einzelfällen angewandt wird.

Nach der Anekdote wird der Bundesinnenminister jedoch konkreter und kommt auf den (im eigentlich Gesetz aufgegebenen) Richtervorbehalt, um dann mit der rhetorischen Frage zu kontern: „Glauben Sie, das werden viele Maßnahmen sein?“ Danach argumentiert er *ad personam* bzw. *ad ignorantiam* („Leute [. . .], die keine Ahnung haben“, „ich

versteh nix davon“) und führt schließlich als Autorität den Chef des Bundeskriminalamts an:

„Das ist gesetzlich sicherzustellen, nur, wir haben ja den, wir haben ja den Vorschlag gemacht, es darf nur in engen Fällen, Abwehr wirklich terroristischer Bedrohung ernsthafter Art, dann muss, kann das Bundeskriminalamt, wir haben sogar gesagt, nur der Präsident darf den Antrag stellen und ein Richter muss ihn genehmigen und er muss begründen warum. So. Glauben Sie, das werden viele Maßnahmen sein? Erstens. Zweitens, um [unverständlich] was immer man unter Online-Durchsuchung versteht, da reden ja auch die Leute alle ganz klug, die keine Ahnung haben. Es ist so aufwändig, dass der Chef des Bundeskriminalamts, der Herr Ziercke, der versteht e bissele was davon. Ich versteh nix davon. Er hat gesagt, so 'ne Maßnahme ist so aufwändig, wir wären überhaupt nur in der Lage, zehn pro Jahr überhaupt zu versuchen, ob sie gelingen, ist noch was anderes. Also der Norbert Geis hatte mit anderen Worten einfach Recht.“

Auch in Schäubles Redebeitrag werden wieder die ominösen 99(,9) % ins Feld geführt, die auf Ausführungen von Norbert Geis zurückgehen; zum Schluss ist jedoch von nur zehn Fällen pro Jahr die Rede. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier vor lauter Über- und Untertreibungen (*Hyperbel* und *Litotes* in der Rhetorik) im Trüben gefischt wird, da die Zahlen nicht zusammenpassen. Die Zahlen sind hier auch nicht als Zahlen zu verstehen, sondern als rhetorische Mittel; gleichzeitig vermindert der Redner seine Regresspflicht durch die Verwendung des Konjunktivs II („wir wären...“).

Mit dem vielzitierten rechtspolitischen Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion Norbert Geis (CSU) führte Dirk-Oliver Heckmann im Deutschlandfunk am 9. Juli 2007 ein Interview [5], in dem Geis folgende Ausführungen macht:

„... Ich fordere eine Diskussion darüber, einmal, wie wir umgehen mit der gezielten Tötung eines potenziellen Aggressors und wie wir das gesetzlich, grundgesetzlich absichern können. Darüber fordere ich eine Diskussion. Wenn Sie aber ganz konkret fragen, ich bin natürlich dafür, dass wir einen potenziellen Aggressor, einen Terroristen, der unser Land bedroht, dass wir den natürlich liquidieren können müssen, sonst setzen wir uns unnötig unter Umständen einem Anschlag aus. Wenn ich dadurch Anschläge verhindern kann, muss es möglich sein, solche Anschläge schon im präventiven Bereich abzuwehren.“

Hier spricht Geis von einem „potenziellen Aggressor“, der zu „liquidieren“ (*Euphemismus*) sei; im weiteren Verlauf wird das Wort *Aggressor*, das eher in den Wortschatz des Krieges gehört, durch das bekannte unklare *Gefährder* ersetzt, was mit einer Umschreibung (*Periphrase*) vorbereitet wird: „einen potenziellen Aggressor, einen Terroristen, der unser Land bedroht“. Da das Adjektiv *potenziell* (wie übrigens auch *präventiv*) zum Ausdruck bringt, dass die zu liquidierende Person noch gar nicht zum Täter geworden ist, geht es hier rein rechtlich um eine Tötung von Unschuldigen (man beachte auch die

Doppelung: „im präventiven Bereich abzuwehren“). Geis verwendet nicht nur ein extensives *wir*, sondern ersetzt es am Ende durch ein noch extensiveres *ich*: „Wenn ich dadurch Anschläge verhindern kann. . .“.

Der Interviewer fühlt sich von Geis an das US-amerikanische Gefangenenlager Guantanamo erinnert, und Geis fährt fort:

„Wir brauchen kein Guantanamo, sondern wir wollen ja nur die potenziellen Gefährder in so etwas wie Unterbindungsgewahrsam, den wir ja jetzt auch schon haben, natürlich unter engen rechtlichen Voraussetzungen. Wir können Hooligans abfangen und können zunächst einmal die Freiheit entziehen, wir können sie also unterbringen, so lange, bis beispielsweise ein Fußballspiel vorbei ist.“

Hier geht es nicht nur um *Gefährder* (also potenzielle Täter), sondern um einen „potenziellen Gefährder“, womit wahrscheinlich ein sehr großer Kreis von Menschen gemeint ist – ja eigentlich die Bevölkerungsmehrheit, da ein potenzieller Gefährder ja noch kein Gefährder, also potenzieller Täter ist, und die Bevölkerungsmehrheit bildet die Gruppe der (noch) nicht-potenziellen Täter. Hier wird nun das Mittel des Wegsperrens vorgeschlagen und verglichen („so etwas wie“) mit einem mehr oder weniger bekannten (nicht unumstrittenen) Rechtsmittel, dem Unterbindungsgewahrsam. Hierbei handelt es sich aber um etwas ganz anderes: in Unterbindungsgewahrsam können Störer genommen werden, um die Störung für kurze Zeit (in der Regel bis zu 24 Stunden) zu unterbinden. Geis benutzt zunächst den Euphemismus „die Freiheit entziehen“ und drückt sich schließlich noch euphemistischer aus, indem er von „unterbringen“ spricht (rhetorisch als *Litotes* bezeichnet).

Den Vergleich von Terrorismus und Fußball greift der Interviewer Dirk-Oliver Heckmann gleich auf: „Aber das Fußballspiel, um da mal einzuhaken, Herr Geis, das ist im Antiterrorkampf eigentlich nie zu Ende.“ Darauf antwortet Geis:

„Das ist richtig. Und deswegen ist dies ja auch rechtlich ein viel schwierigeres Problem, denn wir werden ja auf Dauer jemandem dann die Freiheit entziehen, indem wir ihn in ein Unterbindungsgewahrsam bringen.“

Hier wird wieder euphemistisch von „Freiheit entziehen“ gesprochen, was aber „auf Dauer“ geschehen soll; man kann vielleicht darüber streiten, ob „auf Dauer jemandem dann die Freiheit entziehen“ eine euphemistische Periphrase für die lebenslängliche Inhaftierung von Unschuldigen ist, jedenfalls ist so etwas nicht mit Unterbindungsgewahrsam gemeint, selbst wenn Geis das glauben machen will. Man beachte hier auch die Verwendung des Futurs, das nahe legt, dass dieses Vorgehen für die Zukunft vorgesehen ist.

Der Interviewer wirft dann auch gleich eine Zwischenfrage ein: „Ohne Prozess?“ Als Antwort auf diesen Einwurf entgegnet Geis:

„In diesem Fall ohne Prozess. Das geht schwer runter, das sage ich Ihnen, das fällt einem nicht leicht vor allen Dingen dann, wenn man, so wie ich auch, immer wieder sagt, dass wir die freiheitlichste Grundordnung haben, die wir



je hatten. Aber es geht ja uns darum, diese freiheitliche Grundordnung zu schützen. Und deswegen wehren wir uns gegen die Gefährder. Und wir können nicht warten, bis die Gefährder zuschlagen.“

Wieder ist von Gefährdern die Rede, wobei Geis seine Vorschläge (Tötung und Wegsperrern) mit dem positiv besetzten Verb *sich wehren* zusammengefasst wird. Während das ersten beiden Vorkommen des Pronomens *wir* alle Deutschen miteinschließt, sind am Ende mit *wir* offenbar nur noch Geis und seine Anhänger gemeint, die allerdings zahlreich sind, wenn man bedenkt, dass er von mehr als der Hälfte der Wähler seines Wahlkreises direkt in den Bundestag gewählt wurde. Seine Ausführungen zeigen, dass er mit der Absicht, die freiheitliche Grundordnung zu schützen, diese abschaffen will, denn wenn wichtige Prinzipien wie die Unschuldsvermutung oder das Recht auf Leben abgeschafft werden, kann auch nicht mehr von einer freiheitlichen Grundordnung gesprochen werden.

\* \* \*

Die hier diskutierten Zitate und weiteres Material (zusammengestellt z. B. im Schwarzbuch Politikerzitate [11]) zeigen, dass wir es lexikalisch (in Bezug auf Neuerungen im Wortschatz), grammatisch (vor allem im Bezug auf das Pronomen *wir*) und rhetorisch in der Politik mit Phänomenen zu tun haben, die als Neusprech bezeichnet werden können. In allen Fällen geht es darum, den Bürgern unpopuläre Einschränkungen der persönlichen Freiheiten als unausweichlich, ja nützlich und vorteilhaft zu verkaufen und für die eigene, eigentlich unangemessene Politik zu werben. Die Wörter *verkaufen* und *werben* sind hier bewusst verwendet, denn es handelt sich hier tatsächlich um *public relations*-Maßnahmen. Dass sich gewisse sprachliche Mittel (*Gefährder*, 99(,9) %) bei unterschiedlichen Politikern (parteiübergreifend) wiederfinden, lässt auf eine konzertierte Aktion schließen, die vielleicht nicht im Einzelnen abgesprochen wurde, sondern auf Konsens basiert. Es ist zudem aufschlussreich, dass Kriegswortschatz (Kombattant, Aggressor) im Bereich der inneren Sicherheit eingesetzt wird, was nahelegt, dass eine Abgrenzung der beiden Bereiche verwischt oder gar aufgegeben werden soll. Die ständige Verwendung eines rechtlich unklaren Wortes wie *Gefährder* ist symptomatisch für den Paradigmenwechsel, der eintritt, wenn dieses Wort zum juristischen Begriff werden sollte: es ist der Übergang vom Rechtsstaat zum Überwachungsstaat. Diesen gilt es zu verhindern.

## Literatur

- [1] Edward Bernays. *Propaganda*. New York: Horace Liveright, 1928.
- [2] Noam Chomsky. The Manufacture of Consent (1984). Peck, James (ed.): *The Chomsky Reader*. New York: Pantheon, pp. 123–136, 1987.
- [3] Noam Chomsky and Edward S. Herman. *Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media*. New York: Pantheon, 1988.

- [4] Vikipedio [Esperanto-Wikipedia]. Novparolo. <http://eo.wikipedia.org/w/index.php?title=Novparolo&oldid=2011330>, 2008. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [5] Norbert Geis. Deutschlandfunk-Interview: Geis hält Freiheitsentzug ohne Prozess für gerechtfertigt. [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/644540/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/644540/), 9.7.2007. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [6] Viktor Klemperer. *LTI – Lingua Tertii Imperii. Notizbuch eines Philologen*. Leipzig: Reclam, 1947.
- [7] Franz Müntefering. SZ-Interview: Auf die Vermittlung der Arbeitslosen konzentrieren. [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2007/11/2007-11-02-m\\_C3\\_BCntefering-sz.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2007/11/2007-11-02-m_C3_BCntefering-sz.html), 2.11.2007. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [8] George Orwell. *1984*. London: Secker & Warburg, 1949.
- [9] George Orwell. Review of Zamyatin: *We*. *Tribune*, 4. Januar 1946. <http://www.orwelltoday.com/weorwellreview.shtml> [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [10] George Orwell. Politics and the English Language. *Horizon*, April 1946. <http://www.calvinvanhoek.com/articles/2007/04/politics-english-language/> [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [11] Schwarzbu.ch-Weblog. Politische Zitate. <http://schwarzbu.ch/blog/politische-zitate/index.html>, 2008. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [12] Wolfgang Schäuble. Terrorismusbekämpfung und Innere Sicherheit aus deutscher Sicht. Rede bei der 4. Handelsblatt-Konferenz „Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie“. [http://www.bmi.bund.de/cln\\_028/nn\\_662956/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2007/07/BM\\_\\_Handelsblatt\\_Konferenz\\_Sicherheitspolitik,templateId=renderPrint.html](http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_662956/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2007/07/BM__Handelsblatt_Konferenz_Sicherheitspolitik,templateId=renderPrint.html), 3.7.2007. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [13] Wolfgang Schäuble. Spiegel-Interview: Schäuble fordert Handy- und Internetverbot für Terrorverdächtige. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,493094,00.html>, 7.7.2007. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [14] Wij vertrouwen stemcomputers niet [Wir vertrauen Wahlcomputern nicht]. Sdu. <http://www.wijvertrouwenstemcomputersniet.nl/Sdu>, 2007. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [15] Udo Vetter. Law Blog: Plötzlich zwölf Handys. <http://www.lawblog.de/index.php/archives/2007/10/22/plotzlich-zwölf-handys/>, 2007. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].

- [16] Udo Vetter. Law Blog: Wo bleibt das Recht? [Angela Merkel bei einem Wahlkampfauftritt in Osnabrück]. <http://www.lawblog.de/index.php/archives/2008/01/22/wo-bleibt-das-recht/>, 2008. Transkription: <http://www.chauvi.de/blog/20080122-149/> [beides zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [17] Jörg Ziercke. Deutschlandradio-Interview: Internet ist das Tatmittel der Zukunft. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/590511/>, 6.2.2007. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].
- [18] Евгений Замятин. *Мы*. [http://az.lib.ru/z/zamjatin\\_e\\_i/text\\_0050.shtml](http://az.lib.ru/z/zamjatin_e_i/text_0050.shtml), 1920. [zuletzt konsultiert am 1. Dezember 2008].